



# **STELLUNGNAHME**

**zum Entwurf**

**einer Asylgesetz-Durchführungsverordnung 2004  
(AsylG-DV 2004)**

**UNHCR**

**26. Februar 2004**

**[www.unhcr.at](http://www.unhcr.at)**

Dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissärs der Vereinten Nationen (UNHCR) wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen die Aufgabe übertragen, für den internationalen Schutz der Flüchtlinge zu sorgen und sich um dauerhafte Lösungen für die Betroffenen zu bemühen. Die überwachende Funktion von UNHCR ist ein integrativer und wesentlicher Bestandteil zur Wahrung des internationalen Flüchtlingsschutzes und explizit in Artikel 8 der Satzung von UNHCR festgelegt. Teil dieses humanitären Mandats ist die Überwachung der Durchführung der Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 (GFK) und des New Yorker Protokolls von 1967. In Artikel 35 GFK und Artikel II des New Yorker Protokolls haben sich die Unterzeichnerstaaten dieser Vertragswerke verpflichtet, mit UNHCR zur Erfüllung dieser Aufgaben zusammenzuarbeiten.

Vor diesem Hintergrund sowie im Einklang mit § 16 Abs. 2 AsylG idF BGBl. I Nr. 101/2003, wonach Gestaltung und Text des Antrags- und Befragungsformulars, das bei Anträgen im Familienverfahren bei Berufsvertretungsbehörden Anwendung findet, vom Bundesminister für Inneres im Einvernehmen mit dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten und nach Anhörung des Hochkommissärs der Vereinten Nationen für Flüchtlinge festzulegen sind, nimmt UNHCR zum Entwurf der Asylgesetz-Durchführungsverordnung 2004 wie folgt Stellung:

### **§ 1 Abs. 1 AsylG-DV 2004 bzw. Anlage A**

#### Allgemeines Hinweisfeld:

Nach Ansicht von UNHCR wäre es von Vorteil, wenn im allgemeinen Hinweisfeld auf Seite 1 des Formulars die Mitteilung enthalten ist, dass die Angaben des Antragstellers grundsätzlich vertraulich behandelt und nicht an die Behörden des Herkunftsstaates des Antragstellers übermittelt werden. Dieser Hinweis könnte dem Antragsteller eine allfällige diesbezügliche Angst nehmen und somit zu einer umfassenden Datenerhebung beitragen.

#### Antragsteller – „derzeitiger Aufenthaltsort“:

Da Anträge im Familienverfahren gemäß § 16 Abs. 1 AsylG sowohl bei österreichischen Berufsvertretungsbehörden im Herkunftsland des Antragstellers als auch in jedem Drittstaat, in dem sich eine derartige Behörde befindet, gestellt werden können, muss die letzte Wohnadresse im Herkunftsstaat (siehe Feld Nr. 8 des Formulars) nicht immer deckungsgleich mit dem Aufenthaltsort des Antragstellers zum Zeitpunkt der Antragstellung sein. Um eine bestmögliche Kommunikation zwischen der österreichischen Berufsvertretungsbehörde und dem Antragsteller im Familienverfahren zu ermöglichen, würde es UNHCR daher für sinnvoll erachten, ein weiteres Feld betreffend den „derzeitigen Aufenthaltsort“ des Antragstellers in das Formular auf zu nehmen.

Angehöriger, Ehegatte – „derzeitiger Aufenthaltsort“:

Das oben Gesagte gilt auch für den Ehegatten des Antragstellers. Während in den Feldern Nr. 26 betreffend Kinder und Nr. 32 betreffend Eltern des Antragstellers nach dem jeweiligen „derzeitigen Aufenthaltsort“ gefragt wird, unterbleibt dies – im Gegensatz zum Asylantrags- und Befragungsformular in der Fassung der Asylgesetz-Durchführungsverordnung BGBl. II Nr. 428/1997 – beim Ehegatten.

Dokumente:

Um vollständige Angaben betreffend die Dokumente des Antragstellers sicher zu stellen, schlägt UNHCR vor, Feld Nr. 34 des Formulars insofern zu ergänzen, als auch nach „sonstigen Dokumenten“ gefragt wird, die gegebenenfalls zudem vom Antragsteller näher zu spezifizieren wären.

Reiseroute:

Da Anträge im Familienverfahren auch bei der jeweiligen österreichischen Berufsvertretungsbehörde im Herkunftsstaat des Antragstellers gestellt werden können, wird der Antragsteller nicht in jedem Fall Angaben zu seiner Reiseroute tätigen können. Es sollte daher bezüglich der Felder Nr. 35 und 36 des Formulars der zusätzliche Hinweis aufgenommen werden, dass diese Angaben nur dann zu erfolgen haben, wenn sich der Antragsteller nicht in seinem Herkunftsland aufhält.

**§ 2 Abs. 2 AsylG-DV 2004 bzw. Anlage C**

Um die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltsberechtigungskarte im Sinne des § 36 Abs. 1 AsylG vollständig widerzuspiegeln, sollte der betreffende Satz auf der Rückseite der Aufenthaltsberechtigungskarte wie folgt lauten: „Gültig bis zum rechtskräftigen Abschluss des Asylverfahrens (siehe FIS)“.

**§ 2 Abs. 3 AsylG-DV 2004 bzw. Anlage D**

Da subsidiär Schutzberechtigte nicht in jedem Fall auch Asylwerber sind, sollte die Formulierung „Unterschrift des Asylwerbers“ auf der Vorderseite der Karte für subsidiär Schutzberechtigte dementsprechend abgeändert werden.